

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

„Heimtücke, Verrat und Betrug“

Witzputschist Graefe spricht von „Hagen und Siegfried“.

Es war ein wunderbares Zusammentreffen, daß ausgerechnet der deutsch-nationale Berliner „Tag“ einen Sonderberichterstattung in der Rahr-Ludendorff-Gebung am Abend des 8. November hatte, ebenso wunderbar, daß Berliner deutsch-nationale Redaktionen für diese Nacht verlängerten Dienst angesetzt hatten. Sie waren augenscheinlich bis ins einzelne davon informiert, daß sich an diesem Abend in München die „nationale Revolution“ abspielen sollte.

Jetzt meldet sich in einer Sonderausgabe des völkischen „Deutschen Tageblattes“ ein weiterer Verräter, nämlich der Abgeordnete v. Graefe-Goldebeck. Er teilt ganz offen mit, daß er besonders nach München gerufen worden sei, um an der Aktion teilzunehmen. Allerdings ist er — nach seiner Angabe — erst am Morgen des 9. November eingetroffen und war dann sofort im Bürgerbräu mitten unter den Putschisten. Von dort aus schildert er nun als Augenzeuge die Vorgänge, die sich im Laufe des Vormittags abspielten. Ueber das, was am Abend vorher im Bürgerbräu sich ereignete, berichtet Graefe auf Grund von Mitteilungen, die ihm aus den Hitlerkreisen, vor allem von Ludendorff selbst, geworden sind:

Schon vor einigen Tagen hatten Lössow und Rahr sich in röhren Besprechungen zwischen Ludendorff und Hitler beraten erklärt, daß sie mit den Zielen der Freiheitsbewegung restlos übereinstimmen; insonderheit hatte Herr v. Rahr betont, daß auch er es angeht, die hilflosen Zustände in Berlin für unvertretlich halte, von München aus eine neue nationale Reichsregierung zu proklamieren und nötigenfalls gegen Berlin zu marschieren, um sie durchzuhalten. Nur wollte er sich den Termin für diese Aktion selbst vorbehalten, und außerdem wünschte er, daß sich an dem neuen Kabinett möglichst auch Staatsmänner oder Politiker aus dem Norden beteiligten. Gegenüber diesen Zusicherungen haben Ludendorff und Hitler erklärt, daß sie loyal mit den Herren v. Rahr und Lössow zu diesem Zwecke zusammenzuarbeiten wünschten. Eine ähnliche Besprechung hat dann am 8. November nachmittags noch einmal zwischen Ludendorff und Rahr stattgefunden.

Nach Graefes weiteren Angaben hat jedoch Hitler den Eindruck gewonnen, daß Rahr mit seinen Zusicherungen die Bundesbrüder nur hinhalten wollte, um ihre Pläne dann plötzlich durch eine Königsproklamation zu sabotieren. Hitler faßte deshalb den Entschluß, durch eigenes Handeln den Rahr zum Farbekennen zu nötigen. Zu diesem Zweck überfiel er die Bürgerbräuversammlung und rief dort die „nationale Republik“ aus. Volle Wut schildert Graefe dann, wie Rahr seine Erklärung in der Versammlung abgab, wie Lössow sie unterstreichend dem Versprechen, eine „Arzt“ zu organisieren, die die Flagge schwarz-weiß-rot überall mit sich tragen werde, wie dann draußen die „Front der Kampfformationen abgeschritten“ wurde und Rahr dabei der nationalen Jugend besonders kräftige Heilrufe zurief.

Interessant noch sind die weiteren Mitteilungen Graefes, wonach die Rahr-Lössow-Seifer ursprünglich die Absicht hatten, der neuen Sache ausnahmsweise treu zu bleiben, daß die ersten Anzeichen des Umsfalls sich erst zeigten nach einem Gespräch, das Rahr und Lössow noch in der Nacht mit den Bevollmächtigten Ehrhardt, dem Kapitänleutnant Kauter hatten. Die Vermutung liegt nahe, daß Kauter, der ein scharfer Gegner von Ludendorff, Hitler und der völkischen Freiheitsbewegung sei, einen „verhängnisvollen“ Einfluß auf die wörtlichen Entschlüsse der Rahr-Leute ausgeübt habe. Man spreche sogar davon, daß auch Kronprinz Rupprecht diesen Einfluß verstärkt habe. Der Witzputschist Graefe wird dann moralisch und verlangt, daß „deutsche Edelleute“ und „hohe Offiziere“ doch mindestens eine Aufkündigung ihres Treubundes mit den anderen Hochverrätern hätten vornehmen müssen.

Soweit Graefe über die Ereignisse des 8. November berichtet, handelt es sich nur um Stimmungsbildungen. Aber über die Schieberei am Morgen des 9. November berichtet er als Augenzeuge und erklärt, daß er für die richtige Wiedergabe mit seiner Person einstehen würde. Zunächst einmal verrät er ganz offen, daß er sich mit Hitler, Ludendorff und anderen Mitverschworenen an die Spitze eines Demonstrationszuges gestellt habe, der unter Führung der schwarz-weiß-rot und der Hakenkreuzfahne „die völkisch-nationale Tendenz der Aktion vor Augen führen“ sollte. Allerdings ist Graefe vorsichtig genug, sich rechtzeitig ein juristisches Alibi zu beschaffen: er meint, daß für ihn und die Ludendorffer zu jener Zeit noch die am Abend vorher proklamierte „Regierung“ existiert und daß deshalb der Umzug der Putschisten „auf einem durchaus legalen Boden“ stattfand. Das ist allerdings eine Frage, die den Oberreichsanwalt interessieren dürfte, um so mehr, als ein aus Weidenburg stammender Reichstagsabgeordneter von Berlin nach München fährt, um dort gewaltsam

eine „neue Reichsregierung“ schaffen zu helfen. Wenn schon die Ludendorff, Hitler, Rahr und Lössow dank mangelnden Machtwillens der Reichsregierung nicht vor den Strafrichter zu ziehen sind, so wird der Oberreichsanwalt doch heftiglich vom Justizministerium die Anweisung erhalten, gegen die norddeutschen Teilnehmer an diesem Hochverrat gegen das Reich die nach dem Gesetz vorgeschriebenen Maßnahmen zu ergreifen.

Nach Graefes Schilderungen ist der Demonstrationzug zunächst an mehreren Stellen von grüner Landespolizei angehalten worden, die Polizisten hätten sich aber beiseite drängen lassen und freie Bahn gegeben. Erst vor der sogenannten „Königlichen Residenz“ sei der Zug durch Gewehrfeuer aus dem Fenster und Maschinengewehrfeuer eines Reichswehrpanzerautos überfallen worden. Darauf erfolgte aus den Reihen der Demonstranten der Ruf „Hinlegen!“, und prompt warfen sich Graefe und die anderen „Helden“ platt zu Boden. Allerdings hat Ludendorff nachträglich den Graefe versichert, er habe sich nicht hingeworfen, sondern sei aufrecht weitermarschiert, mitten in die Landespolizei und Reichswehr hinein und sei dort festgehalten worden. Am nächsten Tag nach seiner Freilassung habe Ludendorff erklärt, er „bedauere, diesen Tag deutscher Schmach zu überleben“. Das Überleben ist zwar nicht notwendig, indessen . . .

Graefe schüttet dann den ganzen Jörn seiner völkischen Seele aus über die „Heimtücke des schönen Wortbruchs“, versichert, Hitler habe nur gehandelt, weil er in Rahr ein „Instrument ultramontaner Hinterlist“ zu erkennen glaubte, darum:

„Schande über die, die ihn mit selbem Wortbruch betrogen und jetzt noch den traurigen Mut haben, aus ihrer verächtlichen Lage heraus den Mann zu schmähen, der ehlich blieb. . .“

Rahr und Lössow, desgleichen Seifer haben nach Graefes Urteil gehandelt, wie Hagen gegen den deutschen Siegfried:

„Selbst wenn es wahr sein sollte, daß sie von vornherein nur aus List so handelten — kläglich genug für einen General und einen Minister, wenn sie so zusammenknicken —, sind sie gerichtet für alle Zeiten als selbe Männer des Wortbruchs! So mag man vielleicht einem fremden Vaterlandsfeind gegenüber einmal nachsehen müssen, aber einem deutschen Manne vom Schlage Ludendorffs gegenüber ist es ein verächtliches Verbrechen! Und daß sie den Betrug und Verrat so lange verkleideten, um den tödlichen Schlag gegen die völkische Bewegung durchzuführen zu können, das bleibt für mich Beweis genug, was „schwarze“ Geistes bewußte oder unbewußte Handlanger sie waren.“

Schließlich wird auch das Verhalten des Kapitäns Ehrhardt als „gleichfalls schändlich und traurig“ bezeichnet und der „Kronprinz“ Rupprecht gegen seinen „Statthalter“ aufgerufen!

Der Jörn der veratenen Putschisten ist begreiflich. Aber ist das etwa der erste Wortbruch, den der General Lössow beging? Hat er nicht auch schon seinen der Republik geleisteten Eid gebrochen, als er sich mit den Putschisten Ludendorff und Hitler einließ, und vorher schon, als er den freiwillig gelobten Gehorsam seinen Vorgesetzten verweigerte? Die „deutsche Treue“ findet durch Graefe eine besondere Beleuchtung: Wortbruch, Heimtücke, schändlicher Verrat sind gegen einen Fremden erlaubt, nur nicht gegen Ludendorff und seinesgleichen! Die Hagen und die Siegfriede, die sich in München zeigten und Unterstützung aus Weidenburg fanden, sind einander wert und das wirkliche deutsche Volk in seiner werktätigen Arbeitsamkeit dankt dafür, von auch nur einer Gruppe dieser Ehrenbolde beherrscht zu werden.

Die Nationalsozialisten.

Die Liste der bei den Kämpfen in München gefallenen Nationalsozialisten ist in mancher Beziehung charakteristisch. Zunächst fällt der große Prozentsatz der adligen Namen

Die Kurse steigen.

Dollar amtlich 810. — Goldmark 200 Milliarden. Die Sätze für tägliches Geld sind heute auf 5 bis 6 Prozent zurückgegangen. Der Streik in der Reichsdruckerei übt anscheinend auf den Zahlungsmittelumsatz vorläufig keinen nennenswerten Einfluß aus. Es kam jetzt als sicher gelten, daß das wertbefähigende Geld am 15. November nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung stehen wird. Unter diesen Umständen gewinnt natürlich der amtliche Berliner Devisenmarkt wieder eine größere Bedeutung. Die Reichsbank sah sich außerordentlich großen Anforderungen gegenüber. Die bisherigen omittischen Kurse ließen sich bei diesem Ansturm nicht mehr halten. Man notierte heute Auszahlung London mit 3700 Milliarden bei einprozentiger Zuteilung, Holland mit 320 Milliarden bei gleicher Zuteilung und Kabel New York mit 840 Milliarden bei derselben Zuteilung. Diese Kurse entsprechen einer Goldmarkparität von 200 Milliarden.

auf, die in dieser „Arbeiterpartei“ mitalen. Einer der Gefallenen wird in der amtlichen Meldung bezeichnet als „Katholik am Obersten Landesgericht“. Danach werden die Sprüche der bayerischen Justiz einigermaßen begreiflich, wenn sogar die höchsten bayerischen Richter sich aktiv an völkischen Putschien beteiligen. Schließlich befindet sich auch unter den Gefallenen ein Kaufmann Körner. Er dürfte identisch sein mit dem Manne, der seinerzeit das Attentat auf Genossen Alwin Saenger verübte und ihn durch Stockhiebe schwer verletzte, wofür ihn die Münchener Justiz eine Woche Gefängnis zubilligte. Nemesis!

Auch eine Klarstellung.

Die Hochverräter beschuldigen sich gegenseitig.

München, 12. November. (WZ.) Die Korrespondenz Hoffmann veröffentlicht folgende Klarstellung: Unter dem Titel „Wahrheit“ war am Montag an der Universität eine inzwischen auch in der Zeitung abgedruckte Erklärung von Dr. Friedrich Weber, dem politischen Leiter des bisherigen Bundes Oberland angeschlagen, die ihrer Ueberschrift leider in keiner Weise gerecht wurde. Dr. Weber behauptet, daß General von Lössow und Oberst von Seifer ganz eindeutig für eine Reichsdiktatur Hitler-Ludendorff-Lössow genannt worden seien. Die Wahrheit ist, daß Lössow und Seifer stets auf die völlige Unmöglichkeit einer solchen Diktatur hingewiesen hatten. Zweitens: Dr. Weber behauptet, Eggelsen von Rahr habe bei der Besprechung am 6. November 4 1/2 Uhr nachmittags erklärt, daß die Reichsdiktatur von Bayern aus geschaffen werden müsse. Die Wahrheit ist, daß auch bei dieser Gelegenheit Herr von Rahr betonte, daß eine Reichsdiktatur, die nur von Bayern ausgeht, völlig aussichtslos sei. Im übrigen hat Herr von Rahr erklärt, er sei fest entschlossen, gegen jeden Verbund, der aus sich selbst einen gewaltsamen Umschwung herbeizuführen würde, mit Waffengewalt vorzugehen. Drittens: Dr. Weber sagt: Von irgendeiner Bedrohung mit der Waffe bei den Verhandlungen kann keine Rede bedrohung mit der Waffe ist nachdrücklich erfolgt, und durch drohende Worte und Gesten verschärft worden. Viertens: Dr. Weber behauptet, Rahr habe sich mit der Schutzhaft der Minister einverstanden erklärt. Die Wahrheit ist, daß Rahr sich nach dem Aufenthalt bei der Minister erkundigte, hierauf jedoch nur die Antwort erhielt, sie seien in Schutzhaft. Rahr erlangte jedoch, daß die Minister anständig behandelt (!) und ihre Familien verständigt würden.

Herr v. Rahr leistet sich wirklich Scherze, die nur in der Münchener Bierkelleratmosphäre ihre Erklärung finden. Also: er hat eine Reichsdiktatur, die von Bayern ausgeht, für unmöglich erklärt. Angenommen, er läßt in diesem Falle nicht, dann will er damit doch wohl sagen, daß er andere Wege zur Errichtung einer Reichsdiktatur vorgeschlagen hat. Jedenfalls hat er mit Banditen, die die Ermordung und Niedermezelung von tausenden deutschen Volksgenossen offen nicht nur proklamieren, sondern direkt vorbereiten, hochverräterisch konspiziert, er hat ihnen dauernd versichert, daß er die gleichen Ziele verfolgt. Jetzt bombardieren sich die Herrschaften gegenseitig mit „Erklärungen“, aus denen für jeden anderen nur das eine unwiderleglich hervorgeht: Rahr und Hitler sind ein und dasselbe. Wie lange will eigentlich die Reichsregierung dieser Verbrecherherrschaft noch zusehen. Die Bayerische Volkspartei ist doch offenbar nicht in der Lage, in der „Ordnungszelle“ Ordnung zu schaffen. Sollen wir Deutschen wirklich zum Kindergepöhl in der ganzen Welt gemacht werden.

Also doch!

München, 13. November. (WZ.) Die München-Augsburger Abendzeitung meldet aus Berlin: Obwohl die bayerische Regierung die Aburteilung der Münchener Putschisten vom 8. November vor dem Sondergericht in München in die Wege geteilt hat, ist gestern vom Reichskabinett der Auftrag an den Oberreichsanwalt auf Eröffnung des Hochverratsverfahrens vor dem Reichsgericht in Leipzig ergangen. Der Antrag des Reiches gründet sich auf die Erklärung der Hitler-Leute von der Aufhebung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Ludendorffs „Ehrenwort“.

Ludendorff hat die „Telegraphen-Union“ in München um die Verbreitung folgender Erklärung ersucht: Meine ehrenwörtliche Erklärung, die ich dem Herrn Ersten Staatsanwalt am Landgericht in München bei meiner Entlassung aus der Schutzhaft am 9. November abgegeben habe, lautet wörtlich: „Ich versichere gegen Ehrenwort, daß ich ohne Zustimmung des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht in München 1 meinen Aufenthalt nicht wechseln werde. Ich versichere weiterhin gegen Ehrenwort, daß ich mich bis zur Erledigung des Strafverfahrens an keiner politischen Bewegung beteiligen werde, die den gewaltsamen Umsturz der Regierung des Landes oder des Reiches zum Ziele hat.“

Die französische „Initiative“.

In Ergänzung der Meldung in unserer heutigen Früh-Ausgabe, wonach Poincaré sich entschlossen habe, selber einen Sachverständigenausschuß einzuberufen, der die deutsche Zahlungsfähigkeit prüfen soll, erklärt der diplomatische Mitarbeiter der Havas-Agentur folgendes:

Um einen neuen Beweis seines Willens zu geben, kein Mittel unversucht zu lassen, zu einer Lösung zu gelangen, hat der französische Ministerpräsident für sich den Vorschlag auf Einberufung eines Sachverständigenausschusses in Anspruch genommen. Er weigert sich keineswegs, mit Deutschland in Verhandlungen einzutreten, nachdem der passive Widerstand beendet ist und die Verfehlungen aus dem Sachverständigen dank der Abkommen, die mit den deutschen Industriellen getroffen wurden, behoben sind. Poincaré hat deshalb den französischen Delegierten in der Reparationskommission beauftragt, von ihr zu verlangen, daß sie einen Sachverständigenausschuß einberufe. In der Sitzung, die die Reparationskommission morgen abhalten wird, wird Barthou im gollen Einverständnis mit Poincaré die Initiative ergreifen.

Die Reparationskommission wird zu gleicher Zeit auch die deutsche Note vom 21. Oktober, in der die Kriegskostenkommission die Anhörung deutscher Sachverständiger über die Finanzlage des Deutschen Reiches verlangte, wiederum prüfen. Man erinnert sich, daß in Anbetracht der Verhandlungen, die mit den Vereinigten Staaten geführt wurden, Sir John Bradburn beantragt hatte, daß die Anhörung deutscher Sachverständiger hinausgeschoben werde. Heute steht der Vernehmung der Vertreter des Deutschen Reiches nichts mehr im Wege. Wenn, was natürlich ist, die Reparationskommission gleichzeitig beschließt, einen Sachverständigenausschuß zu ernennen, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen, so könnte dieses Komitee die Vorschläge prüfen, die die deutschen Delegierten im Laufe ihrer Ausführungen machen werden.

Nach französischer Ansicht werde sich der Sachverständigenausschuß nicht mit diesem Studium begnügen. In erster Linie müsse der Ausschuß die Bilanz der Hilfsquellen Deutschlands feststellen, und zwar sowohl seiner Hilfsquellen in Deutschland als auch der Hilfsquellen im Ausland. Zu diesem Zwecke müsse er die Ermächtigung erhalten, überall da, wo deutsche Kapitalien ungerechtfertigterweise aus dem Lande geschafft worden seien, Erhebungen anzustellen und die Maßnahmen festzusetzen, die erforderlich seien, um sie wieder nach Deutschland zurückzuführen. Der Ausschuß müsse auch beschließen, in welchem Umfang Hilfsquellen des Deutschen Reiches von jetzt ab für die Finanzierung der Reparationen verwendet werden könnten. Endlich müsse er sagen, in welcher Weise Deutschland für die Sanierung seiner finanziellen Lage sorgen müsse. Die Arbeit der Sachverständigen müsse einen wesentlich praktischen Charakter tragen und sich auf die unmittelbare Zukunft beziehen, als daß sie sich mit hypothetischen Erwägungen über die Prosperität oder über die zukünftigen Möglichkeiten Deutschlands beschäftige. Bei dem augenblicklichen finanziellen und wirtschaftlichen Chaos, das in Deutschland herrscht, seien derartige Erwägungen völlig zwecklos. Nach Ansicht der französischen Regierung dürfe die Legalität der Ruhrbesetzung nicht in Frage gestellt werden, auch dürften die wirtschaftlichen Ergebnisse, die eine Folge davon seien, nicht erörtert werden. Der Ausschuß könne sich zusammensetzen aus zwei Delegierten der in der Reparationskommission vertretenen Mächte, die bereits den Garantieausschuß bildeten, und die beispielsweise einen Finanztechniker für jedes Land zu Hilfe ziehen könnten. Der Ausschuß könne auch deutsche oder neutrale Zeugen vernetzen, sich nach Berlin begeben usw. Nach französischer Ansicht würde diese Kommission wahrscheinlich mindestens zwei Monate tagen.

Schließlich hätte die Reparationskommission sich über diese Fragen auszusprechen und Entscheidungen zu treffen, die nach ihrer Ansicht geboten seien. Auf alle Fälle werde die Reparationskommission Deutschland keinen Beitrag erlassen können, da der Artikel 234 des Versailler Vertrages dieses Recht nur den Regierungen zuerkennt. Dagegen werde die Reparationskommission Deutschland jeden Ausschub gewähren können. Immerhin werde sie nicht in der Lage sein, fällig gewordene Zahlungen über das Jahr 1923 hinaus aufzuschieben. Der französische Delegierte würde hierzu nicht ermächtigt sein, da in der Reparationskommission für

jeden Ausschub über diesen Zeitpunkt hinaus einmütige Zustimmung erforderlich sei.

Die Erklärungen der offiziellen französischen Agentur sind alles weniger als geeignet, die ungeheure kritische internationale Lage, die durch die Sprengung der von England und Amerika angeführten Sachverständigenkonferenz noch drückender geworden ist, zu entlasten. Vielmehr hat man den ganz bestimmten Eindruck, daß Poincaré nun, nachdem er Amerika aus der Sachverständigenkonferenz herausgeholt hat, die öffentliche Kritik, die auch in Frankreich nicht verstummt ist, dadurch zu entkräften sucht, daß er selbst die Initiative zur Einberufung eines Sachverständigenausschusses ergreift. Doch diese Initiative ist mit so vielen Einschränkungen versehen, daß von ihr kaum etwas Ersprießliches zu erwarten ist.

Wesentlich ist hierbei vor allen Dingen, daß die Vereinigten Staaten in diesem Ausschuss nicht vertreten sein würden, was praktisch seine Bedeutung ungeheuer vermindern muß. Das Zugeständnis Poincarés, daß deutsche Sachverständige von dem geplanten Ausschuss gehört werden können, ist gewiß ein Fortschritt, entspricht aber letzten Endes nur einer ausdrücklichen Bestimmung des Versailler Friedensvertrages. Die deutsche Regierung, die selber diesen Vorschlag in ihrer Note vom 24. Oktober gemacht hat, wird nicht versäumen dürfen, von diesem unter dem Druck der öffentlichen Meinung erfolgten Zugeständnis den weitestgehenden Gebrauch zu machen, um die internationale Öffentlichkeit von der wahren Lage Deutschlands zu unterrichten. Aber größere Bedeutung würde dieses Zugeständnis nur erlangen, wenn die französische Regierung endlich davon ablassen würde, durch ihre Shylockpolitik das wirtschaftliche und politische Chaos in Deutschland und jeden Versuch einer aussichtsreichen internationalen Aktion durch ihre Quertreibereien zunichte zu machen.

Vor den Neuwahlen in England.

London, 13. November. (E.P.) Baldwin hatte am Montag nachmittag mit dem König eine Unterredung im Buckinghampalast. Es wurde mitgeteilt, daß die Neuwahlen am 5. oder 6. Dezember der stattfinden werden. Das Unterhaus, das heute wieder zusammentritt, wird voraussichtlich am Donnerstag oder Freitag aufgelöst werden. Die Kandidaturerklärungen werden am 24. oder 26. November abgegeben werden. In der heutigen Sitzung des Unterhauses werden Baldwin, Asquith, Lloyd George und Ramsay MacDonald das Wort ergreifen. Von der Ausdehnung der Debatte, die sich auf diese Erklärungen anschließen wird, wird es abhängen, ob das Unterhaus am Donnerstag oder Freitag aufgelöst wird.

Belgien droht mit Sanktionen.

Brüssel, 12. November. (M.B.) Die Agence Belge meldet: Da die belgische Regierung hinsichtlich der nach der Ermordung des Leutnants Graf von Deutschen Reich geschuldeten Reparationen keine Genugtuung erhielt, hat sie ihre Forderung wiederholt und der deutschen Regierung damit gedroht, daß, wenn ihre Forderung nicht bis zu dem von ihr festgesetzten nahen Zeitpunkt angenommen würde, Sanktionen im besetzten Gebiet ergriffen werden würden.

Anmerkung des M.B.: In der Angelegenheit der Ermordung des belgischen Leutnants Graf hat seinerzeit vor einem belgischen Kriegsgericht ein Verfahren stattgefunden, das mit der Verurteilung der angeklagten deutschen Seamen endete. In der Zwischenzeit haben sich andere deutsche Seemann der Tat bezichtigt, wozuf gegen sie durch deutsche Gerichte ein Verfahren eingeleitet wurde, das noch nicht zum Abschluß gelangt ist. Bei dieser ungeklärten Sachlage war es für die deutsche Regierung selbstverständlich unmöglich, der Reparationsforderung der belgischen Regierung zu entsprechen.

Die Verhandlungen der Ruhrindustriellen.

Berlin, 13. November. (M.) Zu der Pariser Meldung, wonach die Verhandlungen zwischen der Ricum und Stinnes in Düsseldorf gestern nachmittag in wesentlichen Punkten zu einer Einigung geführt haben, erzählt der „Deutsche Handelsdienst“

daß diese Meldung zwar in einem gewissen Umfange zutrifft, daß aber über weitere sehr wichtige Punkte die Entscheidung noch aussteht. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. Soweit bekannt ist, stellen verschiedene Forderungen der Ricum für die deutsche Wirtschaft eine geradezu unerträgliche Belastung dar, die in ihren Nachwirkungen unübersehbar die deutsche Wirtschaft zu Grunde bringen könnte. Es sei zu hoffen, daß die Ruhrindustriellen bei aller Würdigung der Notlage der rheinisch-westfälischen Industrie sich nicht bereischnen, Zugeständnisse zu machen, die für die gesamte deutsche Volkswirtschaft geradezu tödliche Wirkungen haben müßten.

Das Elend der Arbeitslosigkeit.

Kritisch wird mitgeteilt:

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat infolge der Abberückung des rheinischen und Ruhrgebiets durch die Franzosen einen nie gekannten Grad erreicht. Allein in den besetzten rheinischen Gebieten sind zwei Millionen Arbeitslose. Rechnet man die Kurzarbeiter und Familienangehörigen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter hinzu, so ist hier mindestens die Hälfte der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch im unbesetzten Gebiet machen sich die Auswirkungen der Besetzung mehr und mehr geltend. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen beträgt hier bereits über 700000, die der unterstützten Kurzarbeiter mehr als 1 1/2 Millionen. Hierzu kommen noch zahlreiche Erwerbslose und Kurzarbeiter, die nach den geltenden Bestimmungen Unterstützung nicht erhalten können. Diese Zahlen werden ergänzt durch die Statistik der Arbeitersparverbände. Bereits Ende September waren 10 Proz. ihrer Mitglieder arbeitslos, 40 Proz. Kurzarbeiter. In einzelnen Verbänden erlachte die Arbeitslosigkeit bis zu 80 Proz., in anderen die Kurzarbeit 75 Proz. der Mitglieder. Die Not ist um so größer, als die finanzielle Lage Deutschlands den Unterstützungsmöglichkeiten engste Grenzen zieht.

Man weiß nicht recht, an wessen Adresse die amtliche Deklamation gerichtet ist. An das Inland? Dem soll mit Jammern geholfen werden? An das Ausland? Welche Achtung wird ein Deutschland genießen, dessen Regierung sich in Reden erschöpft, wo es zu handeln gilt. Es wäre wertvoller zu erfahren, ob die Regierung ernsthaft alles zu tun gedenkt, um die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu ermöglichen. Wenn man auf dem Standpunkt steht, den die deutschnational gesinnten Mitglieder der Regierung teilen, daß das Ruhrgebiet doch an die Franzosen verloren ist, dann hat man keine Veranlassung, über die unaussprechlichen Folgen dieser Politik zu jammern. Auch das Arbeitslosenproblem hängt indirekt und direkt mit der katastrophalen Schwäche der Reichsgewalt gegen die Diktatoren des Revolvers und der Schwerindustrie zusammen. Es hilft kein Schwägen mehr, es muß endlich zugepackt werden.

Und schließlich: Wie sind diese Arbeitslosenziffern mit dem Ruf nach Abschaffung des Achtstundentages und Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit in Einklang zu bringen?

Man wird vorgehen . . .

Verichert der neue Wirtschaftsminister.

Der Reichswirtschaftsminister Koeth äußerte sich in einer Besprechung mit Gewerkschaftsvertretern, die Ende der vergangenen Woche stattfand, über die Frage der Goldhöchstpreise für lebensnotwendige Bedarfsartikel. Er meinte, daß die Einführung derartiger Goldhöchstpreise in der kurzen Übergangszeit kaum möglich sei. Die Preisprüfungsstelle sei aber erneut darauf hingewiesen worden, ihre besondere Aufmerksamkeit auf die neueste Goldpreisentwicklung zu richten. Sobald größere Mengen von wertbeständigen Zahlungsmitteln in den Verkehr gebracht seien, was nach dem 15. November mit Einführung der Rentenmark der Fall sei, würden die Reichs- und Landesregierungen in schärfster Weise gegen die Erzeuger und Händler vorgehen, die zu den ordnungsmäßig kalkulierten Goldpreisen noch besondere Risikozuschläge und Gewinnzuschläge machten. Solche Geschäftsinhaber würden in Zukunft mit Gefängnis evtl. mit Zuchthaus, Beschlagnahme und Konfiskation bestraft werden.

Der Regen.

Von Hans Bauer.

Auf dem Pflahe steht, mit Töpfen und Krügen in der Hand, die Schlange der Armen und wartet auf die Heilsarme. Es ist zehn vor zwölf. Noch einige Minuten nur, dann fährt der Wagen vor.

Die Schlange ist heute bedenklich lang. Werden alle bekommen können? Die in den vorderen Gliedern stehen, tragen in ihren Mienen die bescheidene Zufriedenheit des Armseligen, der in seiner Freude über die Suppe, die ihm im Augenblick sicher ist, das Elend des kommenden Tages vergißt. Aber die weiter hinten stehen, die bangen. Wenn es nun nicht reicht! Wenn vielleicht kurz vor ihnen der letzte Schöpfköpf vergehen ist? Sie unterhalten sich über ihre Befürchtungen. Einige heben sich aus der Schlange heraus und schauen ab: vergleichen den vermeintlichen Inhalt der Gulaschkanone mit der Zahl der Wartenden.

Wählich setzt ein Sturm ein und treibt eine dickschwarze Regenwolke, die über fernem Häusern bisher gelegen hatte, dem Pflahe zu. Die Hungernden gucken hoch. Besorgt. Ungläublich. Die Männer schlagen die Krüge hoch. Die Frauen werfen Lächer über den Kopf.

Nun setzt ein lautes Tröpfeln ein. Und dieses Tröpfeln nimmt zu. Wird schneller und schneller. Wird zum Regen. Und der Regen gewinnt auch immer mehr an Stärke und wird zum Wettergusch.

Einige aus der Schlange flüchten. Sie verzichten lieber auf die ungenießliche Suppe, als daß sie sich diesem Unwetter preisgeben. Aber die meisten bleiben. Harten mit hoffnungsloser, gequälter Miene ruhig weiter.

Nur in dem hinteren Teil der Reihe sehe ich einige, die der Regen nicht zu verdrängen scheint. Aufmerksam beobachten sie die flüchtenden, und je mehr ihrer werden, um so befriedigter blicken sie. Sie schreien sich dann rasch vorwärts und sind plötzlich, ihren Blick verlegen zu können, immer weniger Vordermänner zu bekommen.

Der Regengusch hat jetzt seinen Höhepunkt erreicht, und aus vollen Schloten plätscht das Wasser nieder. Die Reihe der Hungernden bröckelt nun neuem ab. Die Hinten sind der neuen Gelegenheit nur dankbar. Ihre Kleider triefen von Nässe, aber sie kommen vorwärts. Der Regen ist ihr Verbündeter — ihr Verbündeter gegen die Konkurrenz der anderen Hungernden. Es pringit und quält sie, aber indem sie die Qual ertragen, erhöht sich ihre Aussicht auf die Suppe. Und da sie den Hunger als die größere Qual empfinden, sind sie der Kleineren dankbar, die ihnen jene erspart.

Allmählich läßt der Regen nach. Am die Ecke biegt der Wagen der Heilsarme.

In zerweichten Kleidern und nassen Gesichtern stehen sie, die den Regen überdauern, wie Heiland, die nach dem Martrium der Erlösung gewiß sind.

Scheintot!

Der Lubendorff brach schrecklich los: Margiten, weh, und Judent! Doch plötzlich — o du Trauerkloß — Da steht man unsern Luben, dorff lang aufs Pflaster hingelegt, Solang man schließt, kein Glied er regt, Doch, Kinder, es ist Trug, Er lebt noch, drum seid klug: Wenn der Lubendorff auf dem Pflaster liegt, Durch Berührung grab das Laster steigt! Das Feuer eingestellt, Erhebt er sich als Held!

Das war heiter der alte Trid, Sich zeitig tot zu stellen, Um dann, die arme Republik, Wieder erwaht zu prellen! In Ministerien und im Amt Da sitzen sie noch allesamt, Die — einst starr wie die Banzen — Jetzt auf der Ras' uns tanzen. Wenn die ganze Bande aufs Pflaster liegt, Und keiner vom Stoaie mehr Jaster kriegt, Ist erst der Spul vorbei, Ist Deutschland wirklich frei.

Wig. von Lindenberg.

Wie schnell kann man lesen!

Beim Lesen, das uns so einfach erscheint, vollziehen wir eine Fülle vermittelter körperlicher und geistiger Vorgänge, die erst in den letzten Jahren durch zahlreiche Forschungen aufgeklärt worden sind. Besonders muß die ungeheure Geschwindigkeit auffallen, mit der ein geübter Leser Zeile auf Zeile überfliegt. In einer Minute werden bequem 500, ja sogar 800 Wörter oder 60 Zeilen mittlerer Länge gelesen. Dabei kommt auf den einzelnen Buchstaben bei dem sehr schnellen Leser nur die winzige Zeit von 0,02 Sekunden. Natürlich reicht ein so kleines Zeitchen nicht aus, um die Form des Buchstabens genau zu erkennen. Es handelt sich mehr um ein Eratzen noch gewissen einfachen Merkmalen. Um so Zeile um Zeile zu überfliegen, muß aber ein Ueberfließ von Schärfe vorhanden sein. Wenn wir, wie gewöhnlich, in der Entfernung von 1/2 Meter lesen, müssen wir eine Schärfe haben, die die nämliche Schrift auch noch auf 1 Meter Entfernung lesen könnte. Wir dürfen von unserer Schärfe nicht mehr als den dritten Teil verbrauchen, um beim schnellen Lesen nicht zu sehr zu ermüden. Unsere Gesichtslinie bewegt sich bei schnellem Lesen nicht in gleichmäßiger Geschwindigkeit über die Zeile hin, sondern die Augen bewegen sich in ruckweisen Ströhen, mit denen Ruhepausen abwechseln. Dabei ist die Zeit der Ruhepausen größer als die der Stoßbewegungen, und zwar um so größer, je langsamer man liest.

Die sprunghaften Bewegungen des Auges, die dem Fortrücken des Sekundenzigers bei der Uhr vergleichbar sind, werden sehr rasch ausgeführt; die einzelne Augenbewegung nimmt eine Zeitdauer von nicht 1/100 Sekunde in Anspruch. Bei aufgeregtem Lesen werden diese Augenbewegungen durch Wendungen des Kopfes ersetzt, wobei nicht nur das Auge, sondern der ganze Kopf dem Blick folgt. Gewöhnlich aber bietet der in sein Buch vertiefte Leser das Bild vollkommener Ruhe. Das ist aber nur scheinbar, denn der Muskelapparat der Augen ist in bestiger Tätigkeit begriffen. Der Blick stürzt sich auf die Anfangsbuchstaben der Zeile, so schludert Professor Vaquerun den Lesevorgang, packt mit festem Griff einen Komplex der Buchstaben, undeutlich gezeichneten Buchstaben, führt blitzschnell in einem Bogen von etwa 5 Grad die Gesichtslinie nach rechts, um diese Buchstabengruppe zentral zu sehen, ruht 1/4 bis 1/2 Sekunde aus, springt auf den nächsten rechtsstehenden Komplex und wiederholt dieses Spiel je nach der Zeilenlänge 4- bis 6mal, bis er in die Nähe des Zeilenendes gekommen ist. Dann macht er plötzlich kehrt, um an den Anfang der nächsten Zeile zu fliegen, und wiederholt dieses Manöver stundenlang Seite für Seite. Dabei werden nicht nur einzelne Buchstaben und Worte, sondern sogar mehrere Worte und kurze Sätze zu einer Einheit zusammengefaßt und auf einmal gelesen. Man hat berechnet, daß in einer Zeit von 1/100 Sekunde mehrere Wörter zugleich erfasst, ja sogar in 1/100 Sekunde ein siebenbuchstabiges Wort richtig gelesen wird.

Vortragreihe Zentrale Erkenntnis und Erziehung im Ernst Häßelstag, Beobachters. 3 (am Leichter Hof). Der 2. Teil beginnt am 14. 7 Uhr abds. mit einem Vortrage des Gen. Dr. Wannig über die sexuelle Not der Menschheit (anschließend Debatte). Es folgen am 24. Dr. Krons (Sexuelle Erziehung und Erziehung), am 28. Gen. Carl Keller, am 1. Dezember Dr. Orna (Mutterliebe), am 12. Dezember Gen. Hirschfeld (Keil der Ehe), am 20. Dezember Gen. Adolf Koch und Walter Hämer (Sexuelle Erziehung und Erziehung). Unkostenbeitrag pro Abend: eine Einzahlung und ein einwöchentliches Stern und Kurzarbeiter die Hälfte. Vormerkung bis 12. November (adressieren Rückmeldung an 2. Odischmarktstr. 20) an den Leiter der Jungl. Jugendgruppen 2. Bb. evtl. Schulreformer: Adelf Hof, Hugelberger Str. 26.

Amundsen Rückkehr. Roald Amundsen ist in seinem Heim in Stockholm bei Christiania eingetroffen. Einem Vertreter des „Bladbladet“ erklärte er, daß er hinsichtlich des Polarfluges noch keine Bestimmung getroffen habe. Die ganze Expedition hänge von der Beschaffung der notwendigen Gelder ab; Amundsen erhofft viel von der Ausgabe der Reichspolstreifen.

Die Hilfsaktion der russischen Wissenschaftler zugunsten ihrer deutschen Kollegen verläuft erfolgreich. An verschiedenen Erhaltungsinstituten sind 70 Bände für deutsche Gelehrte zur Verfügung gestellt worden. Es sind ferner an deutsche Professoren Einladungen zur Abhaltung von Vorlesungen an den Moskauer Hochschulen ergangen, und zwar u. a. an die Professoren Gellik, Reuberg, Frank, Berner und Aulder.

Musik. Das 14. Mittwochs. 8 Uhr, in der Eingabehalle ist folgende Konzert Carl Thomas (Violine) mit eingesetzter Orchesterbegleitung abgelegt worden.

Lehrer Schreier hält in der Kunstausstellung Der Sturm, Postdamer Str. 13a, vier Vorträge über das Thema: „Kunst und Erziehung“, am 14., 21. und 28. Nov. und am 4. Dezember. Anfang der Vorträge 8 Uhr.

Das Ende der Thüringer Koalition.

Unsere Thüringer Parteigenossen veröffentlichten einen Aufruf, der sich mit dem Austritt der Kommunisten aus der Regierung beschäftigt. Darin heißt es:

Die Tenner, Neubauer und Korsch sind aus der Regierung ausgetreten. Einen Akt der Feigheit stellt dieser feige Austritt dar. Um ihn zu begründen, nehmen sie zu einer langen Kundgebung ihre Zuflucht, die von Verlogenheit strahlt, und das tollste darstellt, was sich je KP-Deute geliebt haben.

In der Stunde höchster Gefahr für das gesamte Proletariat drücken sie sich selbe vor der Verantwortung.

Die sie vor der thüringischen Arbeiterschaft übernehmen haben. Der Verrat, die feige unentschlossene Haltung unserer Genossen, das Nichtarbeiten des außerparlamentarischen Ausschusses, der Einzug der Reichswehr, angeblich durch uns veranlaßt, ein Befehl Müller-Brandenburgs usw. sollen die Gründe des Austritts sein.

Jeder Satz, jede Behauptung dieser Kundgebung ist eine Lüge!

In monatelangen Verhandlungen haben wir uns abgemüht, der KPD. begrifflich zu machen, daß es ihre Pflicht ist, im Interesse der Arbeiterschaft mit uns eine Regierung zu bilden. Das lehnte sie ab.

Da kam der militärische Ausnahmezustand im Reich. Ueber Nacht war die KPD. bereit, in die Regierung mit uns einzutreten. Bedingungslos, nicht schnell genug konnte sie hinein kommen. Auf den Boden der Verfassung stellte sie sich. Doch wir ließen uns nicht täuschen. Wir lehnten ab, ohne Programm mit der KPD. zu arbeiten. Wie recht wir hatten, zeigte die Verhandlungen und die Wochen der gemeinsamen Regierung. Mit fortgeschrittenen neuen Parteien wurde überall im Lande gearbeitet.

Die Kommunisten sind mit dem festen Vorsatz in die Regierung eingetreten, die Republik zu zerstückeln.

Wir lehnten ab, die Arbeiterschaft in einem nach Lage der Situation nutzlosen Generairstreik zu treiben, deshalb Verrat, nicht lehnten ab, auf KPD.-Redungen hin die niemals einer Prüfung standhielten, die Arbeiterschaft aufzurufen, deshalb Feigheit!

Wenn die KPD. sagt: Einheitsfront, will sie pflücken.

Wenn sie sagt: Gemeinsamer Kampf, will sie Parteiorganisation.

Die KPD. ist die Todfeindin der sozialdemokratischen Partei. Jedes Mittel wendet sie im Kampfe gegen uns an.

Unsere Genossen sollen die Reichswehr nach Thüringen gezogen haben, damit die Tenner, Neubauer, Korsch von ihr aus der Regierung geholt werden.

Was ist wahr?

Unsere Landtagsfraktion hat beschloffen, wenn die Reichswehr die Tenner, Neubauer und Korsch aus der Regierung holen sollte, müssen unsere Genossen sofort ihre Ämter niederlegen. Das wurde am 8. November beschloffen und am 9. November Tenner mitgeteilt.

In Thüringen hat die Reichswehr der KPD. den Gefallen nicht getan.

Die Kommunisten haben selbst die Flucht ergriffen und dadurch auf die Einheitsfront des Proletariats verzichtet.

Wir werden uns durch diesen neuesten Streich der KPD. nicht abhalten lassen, weiterhin im Interesse der arbeitenden Bevölkerung tätig zu sein.

Genossen! In die Arbeit trotz aller Schwierigkeiten, trotz gemeiner Kampfesweise der KPD. darf es kein Zeichen geben.

Weimar, den 12. November 1923.
Der Bezirksverband der Vereinten Sozialdemokratischen Partei, Bezirksverband Groß-Thüringen.

Aus den Kreisen der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder wird uns ergänzend noch folgendes geschrieben:

Die Kommunisten haben ihre Tätigkeit in der Regierung niemals bemüht, um die Interessen der Thüringer Arbeiterschaft zu wahren und zu fördern. Ihr Bestreben ging nur dahin, Komplikationen zu schaffen. Ihre Taktik war darauf angelegt, einen Zusammenstoß mit den bewaffneten Kräften der Reaktion abzuwarten, die in der Hoffnung, daß, wenn dabei auch die Interessen der Arbeiterschaft leiden würden, doch nicht ausgeschlossen erscheinen, daß die kommunistische Partei den einen oder den anderen kleinen Vorteil erringen könnte.

In klarer Erkenntnis der ungeheuren Gefahren für das Proletariat gingen die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder daran, irgendwelche Leistungen unter allen Umständen zu verhindern.

Die Thüringer Arbeiterschaft nicht in einen aussichtslosen Kampf verwickeln zu lassen, in dem sie nur eine blutige Niederlage erleiden könnte!

Die Taktik der Kommunisten war, Tag für Tag neue unkontrollierbare Gerüchte zu verbreiten, um unter dem Eindruck solcher Gerüchte Beschlüsse herbeizuführen, deren Durchführung für die Arbeiterschaft verhängnisvoll werden mußte. Die Voraussetzung jedes erfolgversprechenden Abwehrkampfes sehen die Sozialdemokraten in der Einheit der Bewegung. Die Kommunisten versuchten aber bereits in Sachen ihre Teilnahme an der Regierung dazu auszunutzen, um unter Zuhilfenahme des Regierungsapparates in Chemnitz einen

Generairstreik beschließen zu lassen, der unter den gegebenen Verhältnissen nichts anderes bedeutete hätte als den bewaffneten Kampf.

Noch in einer Zeit, in der die Thüringer sozialdemokratischen Regierungsmitglieder Kenntnis davon hatten, daß der von den Kommunisten geplante Generairstreik abgelehnt worden war, behauptete ein kommunistisches Regierungsmitglied trotzdem, daß ein solcher beschloffen sei. Derartige falsche Berichte haben seinerzeit auch zum Putz in Hamburg geführt. Auch beim Einmarsch der Reichswehr in Thüringen wollten die Kommunisten einen Aufruf der Regierung herbeizuführen wissen, in dem die Bevölkerung zum Generairstreik aufgefordert werden sollte, obgleich der Ausgang des für Sachsen beschlossenen Streiks jede Erfolgsmöglichkeit verneinte. Wer den Ausgang der in den letzten drei Wochen geführten Wirtschaftskämpfe verfolgt, mußte einsehen, daß

das Unternehmertum nur auf den Augenblick wartet, um die Betriebe zu schließen und große Teile ihrer Arbeiterschaft auf die Straße zu werfen.

Die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder haben die Anträge der Kommunisten abgelehnt, weil sie nicht veranlaßt waren, daß die thüringische Arbeiterschaft in ein ungeheures Blutbad gestürzt wurde. Deshalb schrien die Kommunisten über brutale Niederstimmung im Kabinett.

Die Differenzen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten im Kabinett entspringen nicht der Unentschlossenheit und Halbheit der Sozialdemokraten. Diese vertreten vielmehr die Auffassung: In der Zeit, in der die Mächte der Reaktion den Boden des Rechtes verlassen, um ihre Willkürherrschaft erneut zu begründen,

führt die Arbeiterschaft ihren besten Abwehrkampf auf dem Boden des Rechtes.

Den Kommunisten dagegen war nichts daran gelegen, einen gemeinschaftlichen Abwehrkampf auf dem klaren Boden des Rechtes zu führen. Sie forderten auf, den von der Reaktion gezeigten abschüssigen Weg zu beitreten, nicht anerkennend, daß dadurch die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf diesem Wege abgelenkt und um so sicherer in den Abgrund stürzen würde.

Wehe über die Wohnungsämter!

Seit Jahren schon wird gegen die Wohnungsämter Sturm gelaufen, und die Klagen und Stoßseufzer über diese Behörden flinten nachgerade zum Himmel. Wie schlimm es aber in Wahrheit mit allen diesen Dingen bestellt ist, das beweisen so recht Schriftstücke, die uns ein günstiger Wind auf den Tisch geweht hat.

Da schreibt z. B. jemand an das Wohnungsamt: „Ich bin seit fünf Monaten verheiratet und meine Frau ist in andern Umständen. Ich frage hiermit das Wohnungsamt: Ruft das so sein?“ Ein anderer wieder schreibt: „Besonders der Umstand, daß meine Schwiegermutter gestorben ist, heißt dringend Abhilfe.“ Abermals rührte das Wohnungsamt keine Hand, und das ist roh. Eine solche Wohnung ist entschieden nicht geeignet für Familien mit Schwiegermüttern, denn man kann so nicht wissen, wie viel Schwiegermütter in dieser Wohnung noch sterben werden! Ferner heißt es in einem Brief: „Der Abort in diesem Hause ist so baufällig, wenn ich mich auf ihn setze, bin ich stets mit Lebensgefahr verbunden.“ Das Wohnungsamt aber traut die Verbindung nicht — o, es sollte sich eine der Telefonistinnen verschreiben, die im Trennen der Verbindungen oft so geschickt sind — und weint dem baufälligen Abort keine Träne nach. „Unter obengenannten Verhältnissen ist ein Familienleben tief bedauerlich. In einigen Wochen sieht meine Frau ihrer Niederkunft entgegen, sowie meine alle, mittellose Schwiegermutter.“ Da hätte unbedingt das Wohnungsamt erklären müssen: Hier herrscht Ordnung, und das gibt es nicht, daß Schwiegermutter und Schwiegertochter zu gleicher Zeit ein Kind kriegen. Dazu sind die Wohnungen nicht da! Geradezu schauerlich und schrecklich jedoch ist der Abgrund von Unsitlichkeit, auf den man durch verschiedene Schreiben aufmerksam gemacht wird, eine Unsitlichkeit, an der das Wohnungsamt die Schuld trägt. Hier sind sie: „Ich oder kam die Schwiegermutter der Frau Müller, deren Mann fünf Jahre wegen Diebstahl festgesetzt und von einem andern in Schwangerschaft ist. So etwas sollte das Wohnungsamt verhindern.“ (Sehr richtig!) „Ich schlafe mit meiner Frau und fünf erwachsenen Kindern in einem Zimmer, wo sie allerhand sehen, was sie nicht sehen sollen.“ „Ich und meine Frau sind zusammen zwölf Personen. Ich habe drei unmündliche und noch ein unrechtes Kind zu versorgen.“ „Ich habe eine Tochter und zwei Söhne, und wir sind alle so beschränkt, daß wir nur zwei Betten aufstellen können.“ „Diese Wohnung ist wegen der großen Haushaltung auch für mich nicht möglicherweise.“

Es sind in Wahrheit schlimme Dinge, von denen oben die Rede ist. Und wenn auch die Form dieser „Reisereise“ sehr komisch wirkt und zum Lachen reizt, so darf man doch nicht vergessen, daß ihnen oft ein erster Kern zugrunde liegt — all jene Räte sind es, die aus dem ungeliebten Wohnungsamt des Großstädters entstehen, die sein Leben verbittern und sonst vielleicht ganz ruhige Menschen zu verzweifelten Nörglern machen.

Das Urteil im Mordprozess Nowak.

Im Mordprozess Nowak wurde gestern in später Nachstunde das Urteil gegen die Angeklagten Pellin und Marianski gesprochen. Die Geschworenen ernennten die Schuldfragen nach Mord und Raub, bejahen dagegen die Schuldfrage nach Hehlerei. Das Gericht verurteilte entsprechend dem Antrag Rechtsanwalts Dr. Wisberg Pellin und die Marianski zu einem Jahr bzw. drei Monaten Gefängnis unter voller Anrechnung der Untersuchungszeit.

Neue Verkehrstarife ab morgen.

Die Berliner Straßenbahn wird ab Mittwoch folgende Fahrpreise erheben: Umfahrgesellschaften 30 Milliarden. Kinderfahrkarte 15 Milliarden und der Übergangsfahrkarte zur Hochbahn 30 Milliarden.

Die Hoch- und Untergrundbahn wird folgende Fahrpreise erheben: In der 3. Klasse 20 und 30 und in der 2. Klasse 30 und 40 Milliarden. Blocks zu 10 Karten 180 und 270 bzw. 270 und 360 Milliarden. Die Wochenkarte zu 6 Fahrten kostet 150 und 200 Milliarden.

Die Omnibusgesellschaft wird für die Teilstrecke 30 und für die ganze Strecke 40 Milliarden Mark nehmen.

Hier ist Sowjet!

Ein Ueberfall, der sich am Sonnabend abend in dem westlichen Vorort Zehlendorf West abspielte, zeigt deutlich, wie sehr die Sicherheitsverhältnisse neuerdings auch in diesen Vororten heruntergekommen sind. In dem kleinen, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs gelegenen Geschäftsviertel beobachtete ein Herr, der dort mit seiner Frau und seinem Söhnchen Einkäufe machen wollte, wie ein kleiner laut um Hilfe schreiender Knabe von zwei Männern, die ihn offenbar berauben wollten, verfolgt wurde. Der Herr warf sich Hilfsbereit zwischen das Kind und die beiden Männer und fragte sie ganz ruhig, was sie dem Kinde tun wollten. Sofort nahmen die Männer eine äußerst bedrohliche Haltung ein, gingen gegen den Herrn vor und hielten ihn brutal zu Boden geschlagen, wenn er sich nicht durch einen Sprung rückwärts getrennt hätte. Inzwischen kamen drei andere Kerle hinzu, die den Herrn umringten und ihn gleichfalls zu Boden zu zerren suchten. Dabei fiel u. a. auch der Ausdruck: „Hier ist Sowjet.“ Im letzten Augenblick glückte es dem Herrn, in einen Blumenladen zu flüchten, der eine Zeilung von den fünf Männern unter fürchterlichsten Bedrohungen belagert wurde. Erst als die inzwischen sich angelammelte Menge eine abwehrende Haltung einnahm, verschwand die Verbrecher, um die es sich offenbar handelte. Nach dem Obigen, das die Leute sprachen, waren es Ausländer, vermutlich Russen. Die Ermordung des Russen Ceroval in Zehlendorf, die vorhergegangen war Ueberfälle, die Schießerei auf zwei Automobilen auf der Chaussee Zehlendorf und neuerdings der berichtete Ueberfall, dem übrigens vor einigen Tagen unweit derselben Stelle ein ähnlicher vorangegangen war, liefern den Beweis, daß die Sicherheitsverhältnisse im Berliner Außenwesten alles zu wünschen übrig lassen.

Siedlungsland für Arbeitslose.

Im Kreis der Bezirksgruppe Wittenau der „Märkischen Echo“ fand am Sonnabend, den 10. November, im Belsin, zahlreicher Kleinrentner eine Versammlung statt, in der Dr. Karl Hartwich über „Siedlung und Arbeitslosigkeit“ sprach. Er führte aus, daß die Regierung, vor allem das Landwirtschaftsministerium, alles tun müsse, um genügend fruchtbares und ländliches Siedlungsland zu Verfügung zu stellen, um den Arbeitslosen so Brot zu verschaffen. Die beste Arbeitslosenversicherung wäre ein Stück Heimatboden, auf dem der Besitzer in Zeiten der Arbeitslosigkeit selbst vom Ertrag seines Fleisches leben kann. Zunächst muß das Land durch Arbeitslose gegen Bezahlung kultiviert und dann für die Arbeitslosen in Parzellen aufgeteilt werden. Auf diese Weise würden die Arbeitslosen jetzt leben können, Zukunftswerke schaffen und für später, arbeitslose Zeiten sichergestellt sein. Ueber juristische Siedlungsverordnungen und Bestimmungen sprach Dr. Armin Osterriedt. Folgende Entschloßung wurde einstimmig gefaßt: „Die in Wittenau versammelten Siedler und Kleinrentner verlangen von allen Regierungsstellen sofort eine stärkere praktische Förderung der städtischen und ländlichen Siedlung und die produktive Beschäftigung von Arbeitslosen durch Kultivierungs-

arbeiten auf deutschem Boden und den Bau von Heimstätten. Der Aufbau und die Einigkeit Deutschlands kann nur erreicht werden, wenn jeder Deutsche mit der Heilmakerde verbunden ist und man jeder seine Arbeitskraft produktiv betätigen kann.“

Gegen den Fleischwucher.

Eingreifen der Wucherpolizei. — Festsetzung von Richtpreisen. Die ständischen Vorgänge auf den letzten Vieh- und Fleischmärkten, die zu untragbaren Preissteigerungen für Fleischfleisch führten, haben nunmehr ein scharfes Eingreifen der Wucherpolizei zur Folge.

Obwohl auf dem letzten Viehmarkt von der Ueberwachungskommission Richtpreise für die Großschächter festgesetzt worden waren, sind auf dem Fleischmarkt am Montag, der beziehungsweise statt um 1/2 Uhr früh schon um 6 Uhr, also vor Eintreffen der Kontrollbeamten, eröffnet wurde, diese Richtpreise ganz erheblich überschritten worden. Daraufhin ist von dem Leiter der Wucherpolizei, Regierungsrat Hinkel, am heutigen Dienstag morgen an alle Polizeirevier die Anweisung ergangen, den Fleischverkauf in den Boden Geschäften aufs schärfste zu überwachen. Gleichzeitig sind den Revieren die auf Grund der festgesetzten Richtpreise errechneten Kleinhandelspreise für die gängbarsten Fleischsorten mitgeteilt worden, die sich wie folgt stellen:

Schweinefleisch (Ramm und Bauch) 445 bis 515 Milliarden das Pfund, Rindfleisch, Suppenfleisch 234 bis 416, Schmorbraten 295 bis 520, Kalbfleisch (Brust und Kamm) 234 bis 429, Hammel (Dünning oder dicke Rippe) 293 bis 466 Milliarden Mark. Am Interesse der Verbraucher liegt es, darauf zu achten, daß diese Preise in den Fleischläden auch wirklich eingehalten werden. Die Polizei ist angewiesen, bei jeder Preisüberschreitung sofort zur Beschlagnahme und zum selbständigen Verkauf der Ware zu schreiten. Ein Protest der Bodenschächter gegen diese Maßnahme der Wucherpolizei ist erfolglos geblieben. Man bedauert ihnen, daß sie sich gegen das wunderliche Treiben der Großschächter dadurch selbst schaden könnten, daß sie die unerhört hohen und unberechtigten Preise nicht zahlten. Darüber hinaus wird die Wucherpolizei jetzt gegen alle diejenigen Großschächter einschreiten, die auf dem gestrigen Fleischmarkt die Richtpreise der Ueberwachungskommission überschritten haben. In allen Fällen, in denen diese Festsetzung gemacht wird, soll den betreffenden Händlern die Handelserschuldnis entzogen werden. Wer die Verzweiflung aller jener Hausfrauen gesehen hat, wie sie hin und wieder doch einmal, sei es für Schwerstarbeiter, sei es für Kranke, ein wenig Fleisch zu kaufen gezwungen sind und es doch nicht zahlen konnten, der wird dem unmissverständlichen Einschreiten der Wucherpolizei vollen Erfolg wünschen.

Der Kurfürstendamm als neues Scheunenviertel.

Devisenrazzien in Berlin.

Die Razzien im Scheunenviertel und seiner Umgebung waren, wie schon mitgeteilt, besonders darauf zurückzuführen, daß die wilden Händler jener Gegend den Leuten wertvollendes Geld abgelockt und mit Papiermark zu billig bezahlt hatten. Nach den Ueberfällen und Plünderungen fühlten sich die Händler in ihren „Geschäften“ im Kurfürstendamm nicht mehr sicher. Dazu kam die Entdeckung und Aushebung der Ringelchen „Devisenzentrale“ in der Alten Schönhauser Straße Nr. 56.

Die Vorkommnisse veranlaßten die Herrschaften, die Gegend zu verlassen und ihren verbotenen Devisenhandel nach dem neuen Westen Berlins zu verlegen. Als bald tauchten hier, am Kurfürstendamm, in der Lawenzien- und Kürberger Straße usw. dorthin wohlbekanntes Gestalten, die man früher an den Devisenständen im Zentrum usw. gesehen hatte, in großer Zahl auf. Der Polizei gelang diese Umwanderung und Geschäftsverlegung nicht. Schon vor einigen Tagen veranlaßte sie in dem neuen Handelsviertel eine kleinere Streife und ließ hierbei bei einigen „Devisenhändlern“ auf Widerstand, so daß die Leute mit Gewalt nach der Bezirkskommission gebracht werden mußten. Am Montag nachmittag wurde die Razzia in größerem Umfang wiederholt. Auch jetzt gab es wieder einzelne Zufälle. Das Publikum nahm teils gegen teils aber auch, was befreudend genug ist, für die unaufrichtiger Händler Partei. Sieben von ihnen, bei denen man eine größere Menge Devisen und auch Hintergeld zum Umtauschen fand, wurden zwangsweise zur Kasse gebracht. Zwei, weil sie sich der Willkür mit Gewalt zu entziehen suchten. Die Schlepper und Anreifer treiben es an ihrer neuen Stelle wieder ebenso wie bisher an der alten. — Auch hat die Wucherpolizei bei einem gewissen Friedmann wieder eine neue „Zentrale“ entdeckt. Er, der noch gar nicht lange in Berlin ist, hat trotzdem in der Schönhauser Allee 56/57 eine luxuriöse ausgestattete 6-Zimmerwohnung mit Lederkubisten, Parkettböden usw. Die Aushebung der Ringel scheint ihn vorfälliger gemacht zu haben, so daß man in seinen Beständen nicht soviel fand. Friedmann war bei der Durchsuchung nicht zu Hause und hat sich dort nicht wieder leben lassen.

Die Republik in Gefahr!

In der unter diesem Motto stattfindenden Kundgebung des D.M.D. am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr im Saal des Hotel von Lindners Konzerthaus in Parkow, Breitenstraße 84, werden sprechen: Genosse Hoffmann, Schmargendorf, N. d. A., und Senatspräsident Großmann. Die Leitung der Versammlung liegt in den Händen des Sekretärs des D.M.D. Alfred Müller-Herr.

Nachtquartier für Jungsozialisten! Am Sonntag, den 15. November, findet in Berlin eine erweiterte Reichsausstellung der Jungsozialisten statt. Dazu werden für unsere auswärtigen Delegierten dringend Nachtquartiere benötigt. Jeder, der einen Genossen aufnehmen kann, melde das umgehend telephonisch an Hans Turk, Zentrum 6041, Zimmer 28, oder schriftlich: Hans Turk, Landtag, Prinz-Albrecht-Straße, Zimmer 28. Alle tut mal!

Vorlesabend der Stadtbücherei Charlottenburg. Am 15. abends 8 Uhr, liest Hilons Dequei im Lesesaal, Wilmersdorfer Str. 166, aus eigenen Erfahrungen vor. Da der Abend voranschreitet, sehr Karl Dehmel sehr lieb, empfiehlt es sich, Eintrittskarten im voraus zu bestellen, und zwar entweder in der Stadtbücherei, Wilmersdorfer Str. 166, oder in den Zweigstellen: Nord, Anhalter-Allee 80, Ost, Bornimer Str. 6a, West, Damschmannstr. 47. Die Ausgabe der Karten erfolgt erst am 15. ab 8 Uhr vorm. in der Stadtbücherei. Preis: Betrag eines Streifenbahnfahrtes.

Publikum. Das überne Oberbürgeramt besteht heute Genosse Richard Sahnowski mit seiner Gattin, Richterberg, Glaser Str. 4, Genosse Sahnowski, seit 20 Jahren Abonnement des Vormärts.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Dienstag, den 13. November:

137. Wst. Reichstagsbes. 7 1/2 Uhr: Sitzung Ausschlicher Kommissionen im Volkshaus, Schrammstraße 114. Die Mitglieder der Volkshauskommission trafen sich dort eine Stunde früher.

Mittwoch, den 14. November:

2. Wst. 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant Ohngemach, Rammenbantenstr. 88. Anmahl des gefamten Vorstands.
3. Wst. 7 Uhr: Mitgliederversammlung in der Schule Senefelderstraße 8. Die Mitglieder haben ein.
4. Wst. 7 1/2 Uhr: Schloßbesuch in den bekannten Lokalen.
5. Wst. 7 1/2 Uhr: Besammlung in der Aula der Knaben-Mittelschule, Spandauer Str.
137. Wst. Reichstagsbes. 7 1/2 Uhr: Schloßbesuch bei Schönherr, Bismarckstr. 114.
137. Wst. Reichstagsbes. 7 1/2 Uhr: Schloßbesuch für alle Bezirke im Volkshaus, Schrammstraße 114.

Gewerkschaftsbewegung

Die Streiklage im Buchdruckgewerbe. Die Argumente der Buchdruckereibesitzer.

Der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer und der Arbeitgeberverband des Berliner Zeitungsgewerbes wenden sich mit einem Plakat an die Berliner Bevölkerung, um ihre Haltung zu rechtfertigen und alle Schuld an dem Streik auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

Das Plakat, das sie in Berlin anhängen liehen, mimt nicht nur so von falschen Behauptungen und Widersprüchen. So behaupten sie, daß der Streik „politischen Motiven“ entspringe, erklären aber gleichzeitig, daß die „selbstsüchtige und kurzfristige Interessenpolitik“ der Buchdrucker „die Existenz des Reiches gefährde“.

Eines von beiden kann nur richtig sein: entweder der Streik ist ein politischer oder er ist ein wirtschaftlicher, als Ausschluß einer angeblichen „selbstsüchtigen und kurzfristigen Interessenpolitik“. In Wirklichkeit sind beide Behauptungen falsch. Das wissen die Buchdruckereibesitzer selbst ganz genau. Sie haben den Arbeitern nicht einmal die Löhne zugestanden, die sie auf Grund der durch die Reichsindizes ermittelten Teuerung bekommen müßten. Diese Reichsindizes, das ist eine wiederholt hier festgestellte Tatsache, die auch den Buchdruckereibesitzern und Zeitungsvorgesetzten nicht unbekannt sein kann, ist durch die Teuerung bereits bei ihrer Veröffentlichung überholt. Nach dieser Reichsindizes hätte der Spitzenlohn der Buchdrucker in der Woche bis zum 2. November nicht 700, sondern 884 Milliarden und in der Woche vom 3. bis 9. November nicht 3 1/2 Billionen, sondern 5,2 Billionen betragen müssen.

Aber selbst der Schiedsspruch, der im Reichsarbeitsministerium gefällt worden ist, hat in Verkennung dieser Tatsache und der Versprechungen und Richtlinien des Reichsarbeitsministers Löhne festgesetzt, die, wie oben angegeben, noch hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten zurückbleiben. Wenn die Unternehmer also von selbstsüchtigen und kurzfristigen Interessenpolitik, die die Existenz des Reiches gefährde, reden, dann mögen sie sich gefälligst an die eigene Nase fassen.

Ingefaßt dieser Tatsache kann man über den einseitigen Versuch, dem Streik ein politisches Mäntelchen zu geben, hinweggehen. Wenn die Unternehmer dann weiter behaupten, daß der im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedsspruch in anderen Großstädten des Reiches angenommen worden sei, so machen sie sich einer bewussten Unwahrheit schuldig. Der Schiedsspruch ist von den Zentralvorständen der graphischen Organisationen abgelehnt worden, und es kam somit von seiner Annahme in der Provinz keine Rede sein. Es sind den Berliner Organisationen dagegen eine Reihe von Solidaritätskundgebungen ihrer Kollegen im Reich zugegangen, die bisher nur deshalb sich dem Streik nicht anschließen haben, weil die Zentralvorstände sie ausdrücklich darum ersucht haben. Wenn die Unternehmer weiter erklären, daß 25 Goldmark, in Papiermark gezahlt, ein ausreichender Lohn seien, dann mögen sie so freundlich sein und an der Hand der offiziellen Preisnotierungen den Nachweis führen, wie eine Familie in Berlin mit 25 Goldmark menschenwürdig leben kann.

Zur Streiklage selbst ist zu berichten, daß die Arbeitsruhe allgemein ist. Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt. Der Reichsarbeitsminister machte den Organisationsvertretern der Arbeitnehmer den Vorschlag, daß die Unternehmer heute einen Vorschuh von 1 1/2 Billionen pro Kopf unter der Voraussetzung zur Auszahlung bringen, daß die Arbeit heute nachmittags wieder aufgenommen wird. Die Verhandlungen über die endgültige Regelung der Löhne sollten dann weitergeführt werden.

Dieser Vorschlag war schon von vornherein hinfällig, weil die Verhandlungsvertreter durch die von den Militärbehörden angeordnete Auflösung der Funktionsversammlung außerstande waren, Bericht zu erstatten. Die Funktionäre werden heute nachmittags zu dem Vorschlag Stellung nehmen — vorausgesetzt natürlich, daß sie nicht durch eine neue Auflösung der Versammlung daran verhindert werden. Daß diese Auflösung der Versammlung zur Beruhigung der Gemüter und zur Lösung des Konflikts beigetragen hat, wird wohl niemand annehmen können. Im übrigen kann gesagt werden, daß die Buchdrucker bereit sind, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen, vorausgesetzt natürlich, man sichert ihnen einen Lohn zu, der ihnen bei der ungeheuerlichen Teuerung, die amtlich festgestellt ist, auch die Möglichkeit gibt, zu arbeiten.

Vorschüsse auf die Erwerbslosenunterstützung.

Der Reichsarbeitsminister hat die Länder ermächtigt, auf die Erwerbslosenunterstützung der laufenden Woche einen Vorschuh in der einfachen Höhe des Vorwochenbetrages anzusetzen zu lassen.

Die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie.

Die Arbeitslosen- und Kurzarbeitszeitrechnung im Reich des Deutschen Textilarbeiterverbandes ergab für den Monat Oktober folgendes Bild:

Von 685 481 Mitgliedern wurden 634 441 = 92,6 Proz. von der Zahlung erfaßt. Von den durch die Zahlung erfaßten Mitgliedern waren am Stichtage 72 999 oder 11,5 Proz. gänzlich erwerbslos. Im September waren 46 195 oder 7,2 Proz. gänzlich erwerbslos. Die Steigerung gegenüber September beträgt somit 4,3 Proz. Die Zahl der Kurzarbeiter betrug 399 307 oder 62,9 Proz. Im Vormonat betrug dieselbe 384 739 oder 59,7 Proz. Die Steigerung im Monat Oktober beträgt somit 8,2 Proz. Die Zahl der Kurzarbeiter und Arbeitslosen zusammen beträgt 472 306 oder 74,4 Proz. Es ist dies eine Zunahme gegenüber September um 7,6 Proz.

Die wöchentliche Arbeitszeit war verfließen auf: 1—8 Stunden in 524 Betrieben für 46 240 Mitglieder; 9 bis 16 Stunden in 1247 Betrieben für 88 695 Mitglieder; 17 bis 24 Stunden in 2638 Betrieben für 163 694 Mitglieder und 25 und mehr Stunden in 1831 Betrieben für 100 678 Mitglieder.

Die Gesamtlage der Textilindustrie eröffnet nicht die geringste Aussicht auf eine baldige Besserung dieser drückenden Verhältnisse. Es ist hierbei zu beachten, daß die Baumwollenernte im Fiskaljahr 1922—23 hinter dem tatsächlichen Bedarf zurückbleibt. Die Gesamternte betrug in 1000 Ballen — den Ballen zu 500 englischen Pfund und Indien zu 400 englischen Pfund gerechnet — 19 851 gegen 28 473 Ballen 1913—14. Die Umstände am Baumwollmarkt sind außerordentlich gering. Der Baumwollvorrat hat sich in Bremen deshalb auch wesentlich verringert. Am 3. Oktober 1923 war in Bremen ein Gesamtbestand von 16 832 Ballen vorhanden gegenüber 81 131 Ballen im Vorjahre.

Unfallschutz an Maschinen.

Dem Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten wird und geschrieben:

In Ihrer Nr. 322 vom 7. November 1923 haben Sie den Hinweis auf das Sonderheft „Unfallverbütung“ der im Verlage des Vereins deutscher Ingenieure erscheinenden Zeitschrift „Maschinenbau“ mit der Überschrift versehen: „Gegen Maschinen-Unfall“. Diese Überschrift wird Ihre Leser irreführen.

Wir legen Wert auf die tatsächliche Feststellung, daß der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten seit jeher für eine immer größer werdende Vermeidung des Unfallschicks an Maschinen eintritt und mit diesem Ziele in der Arbeitgemeinschaft für Unfallverbütung mit den Berufsgenossenschaften, den Gewerbeaufsichtsbeamten und den Spitzenorganisationen zusammenarbeitet; er erblickt nur in einer „erleuchteten“ Regelung Rache.

Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten.

Die Verhandlungen der kaufmännischen Angestellten in der Schuhindustrie, in der Lederwarenindustrie und in den Bekleidungsindustrien haben bisher kein befriedigendes Ergebnis gebracht.

Das äußerste Angebot der Arbeitgeber war: Bei Antretterhaltung der bisherigen Differenz zwischen den männlichen und weiblichen Angestellten sowie der Differenz zwischen Anfangs- und Endgehalt erhalten die männlichen Angestellten im 27. Lebensjahre in der Gruppe I 90, in der Gruppe II 112,50, in der Gruppe III 140,50 Goldmark monatlich. Sofern die Veträge in Papiermark ausbezahlt werden, erhöht sich der Betrag um 20 Proz. Wir vermochten diesem Angebot unsere Zustimmung nicht zu geben und haben den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen. Die Arbeitgeber bringen inwischen 25 Proz. der angebotenen Beträge zur Auszahlung.

Der Lohn der Kürschnergehilfen und -gehilfeninnen betrug in der Woche vom 5. bis 10. November im ersten Gehilfenjahr 59, im dritten 67, im fünften 90 bis zur Höchstgrenze von 110 Milliarden; für Hand- und Maschinenhilfen 45, 55, 67 bis zu 84 Milliarden. In den Pelzhaufwerken erhalten Zwecker 50, 65, 75 bis zu 84 Milliarden, Guarbeiterinnen 45, 55, 69 bis zu 89 Milliarden. Lehrlinginnen erhalten wöchentlich 280 im 1. Halbjahr, 369 im 2., 590 im 3. und 740 Milliarden im 4. Halbjahr. Am Mittwoch ist ein Vorschuh in Höhe von 20 Arbeitsstunden, am Freitag der gleiche Betrag zu zahlen. Restzahlung Sonnabend, endgültig am Montag.

Die Tarifkommissionen. Mittwoch abend 8 Uhr, roter Saal, Zentralverband der Angestellten, Post-Blumen-Str. 7/10, 8. Etz. Verhandlung der Vertreter der beiden Tarifkommissionen aller Branchen der K. A. Gewerkschaften. Beschlußfassung. Besuch der Bahnhöfe ist nach der Versammlung noch möglich.

Wirtschaft

Die Aufgaben des Währungskommissars.

Die Ernennung Dr. Hjalmar Schachts zum Währungskommissar dient der Absicht, die Ueberleitung zum wertbeständigen Gelde möglichst reibungslos zu vollziehen. Dr. Schacht, der bisher Direktionsmitglied der Darmstädter und Nationalbank war, ist kürzlich mit einem eigenen Projekt zur Schaffung einer Geldwährung hervorgetreten. Eine seiner ersten Aufgaben als Währungskommissar wird es nach dem „Deutschen Heimatdienst“ sein, die Emission der Rentenmark zu übernehmen und dafür zu sorgen, daß die Ausgabe dieses Zahlungsmittels sich möglichst rasch und reibungslos vollzieht. Dann aber bildet die Durchführung der zweiten Brotabgabe und des Judentransports zur Devisenbeschaffung eine weitere bedeutsame Aufgabe. Beide Kreise der Wirtschaft erwarten von dem neuen Währungskommissar, daß er in der Zwischenzeit eine vernünftige Devisenpolitik durchführt. Die jetzt bei Reparationen von 1 bis 2 Proz. festgesetzten amtlichen Berliner Devisenkurse sind eine schwere Gefahr für das gesamte Wirtschaftsleben. Sie zwingen die Geschäftswelt dazu, die Goldmarkpreise zu erhöhen, weil anderenfalls ein Verkauf auf Grund der künstlich niedergebhaltenen Dollarkurse mit größten Verlusten verbunden ist. Infolgedessen haben wir heute schon drei- bis vierfach höhere Goldmarkpreise als in der Vorkriegszeit, und es wird schwer sein, diese wieder abzubauen, wenn wir wirklich zu einer wertbeständigen Währung kommen. Die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände am Devisenmarkt geht schon daraus hervor, daß die Angestellten und Arbeiter derjenigen Betriebe, die Goldmarklöhne zahlen, durch die niedrigen Notierungen der Devisen in eine sehr schwierige Lage gekommen sind und fast durchweg beträchtliche Erhöhungen dieser Goldmarklöhne fordern. Die Herstellung einigermaßen normaler Verhältnisse auf dem Gebiete der Kurse und Preise ist die wichtigste und vielleicht auch schwierigste Aufgabe des neuen Währungskommissars.

Offiziöse Gerüchte. Man schreibt uns: In deutschnationalen Kreisen sind jetzt die Diktanden als überflüssig und überflüssig verpönt. Hinter den Kulissen sieht die Sache allerdings mitunter etwas anders aus. Vor einem Jahre wurde die „Bermamos Akt.-Ges. für deutsch-slawischen Handel“ gegründet; dabei halfen, was wir ihnen gar nicht übel nehmen, vordienende „Ostjuden“. Jetzt ist das ganze Unternehmen in andere Hände übergegangen, in den Aufsichtsrat ist ein Kaufmann Orignox Klinger aus Warschau eingetreten. Wir sind der Auffassung, daß schon sein Name ihn für die „Deutsche Tageszeitung“ verdächtig macht. Aber neben ihm sitzen jetzt in der Aktiengesellschaft für deutsch-slawischen Handel Seine Durchlaucht Prinz von Ratibor und Corvey und der Generalleutnant Erzengel Heinrich Großmann. Man sieht, im Interesse des Handels darf mancherlei geschehen, was angeblich politisch unanständig ist.

Rußlands Kampf gegen Staatsdefizit und Währungslebens.

Auf der Tagung der Zentralkommission des Sowjetbundes teilte der Volkskommissar für Finanzen, Sololnikow, mit, daß im Dezember zum erstenmal ein fester Jahresetat anstatt der bisher monatlichen bzw. vierteljährlichen Etats vorgelegt werden wird. Der Etat für das Finanzjahr 1923/24 betrage mindestens 1750 Millionen Goldrubel gegen 1250 Millionen im Vorjahr. Sololnikow verbreitete sich weiter im besonderen über den Novemberetat und sagte u. a., zwei Drittel seien durch Steuern und andere Einkünfte gedeckt, das Defizit werde in der Hauptsache durch Kreditoperationen und nur in geringem Maße durch Emissionen gedeckt. Das sogenannte Sowjetgeld sei nur noch Hilfsvaluta; seine Einziehung gegen wertbeständige Kaufkraftscheine wird teilweise auch gegen Silbermünzen in Vorbereitung. Der Zirkulation eb. der bei Jahresbeginn einen Wert von 3,70 Dollar hatte, sei jetzt auf 4,80 Dollar gestiegen, seine Kaufkraft auf dem russischen Goldmarkt sei von 33 Millionen Rubel gezeichnet worden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erich Gehrman; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: Dr. John Schlawski; Solaten und Souvenirs: Felix Kersch; Anzeigen: H. Gluck; Ähnlich in Berlin. Verlag: Bornhorts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhorts-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 8, Lindenstraße 7.

Bei Kopschmerz
Citrovanille
Erbällich in Pulver
und
Oblaten.

Deutsches Theater.
Heute u. Mittwoch — 7 1/2 Uhr:
Cäsar u. Cleopatra
Krauß, Theilmann, G. Ollstorff, Kupfer,
Dießelmann, Meyrink, Garrison,
Völker, Peter, Eyzold.
Donnerstag — zum 1. Male:
Nora
Dorsch, Faust, Alten, Sterler, Grätz.
Vom 17.—21. Nov. — 7 1/2 Uhr: **Nora**.
Kammerspiele — 6 Uhr:
Die Kinder
Bräusewetter, Moshelm, Schwarz-
neck, Kampers, Manning, Dazhofer.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten
Zahngelisse zahlt unüberbleibbare Preise
R. Felske;
67 Grosse Frankfurter Straße 67.
Kräuter-Franzbranntwein Kopp & Joseph
Berlin W 50
besonders kräftigend u. erfrischend Potsdamerst. 122

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Gabardine, Kamgarne,
Tuche, Affenhaut, Flausche,
Plüsch, Kleider-Samete,
Anzug- u. Paletotstoffe.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.
Sternzwirne • Nähgarne • Twist
Polenruder, Gummiband, Rähme, Seil,
große Quant., weit unter Tagespreis, bietet
Häuser, Deuthstr. 15. Zentrum 1209

Alte Gebisse,
auch gebrauchte, pro
Zahn 100 Milliarden,
bis zwei Billionen.
**Gold-, Double-,
Silberzahnst. 1 u. 1/2**
Jahnhaus
B. Zymelki,
Weidenburger Str. 23
Häuser
Katharinen Str. 48
Staden 4661
Quittungs-Marken
mit 4 Jahren Gültigkeit
Conrad Müller,
Schkeuditz-Leipzig

+Geschlechtskrank+
Behandlung von Gonorrhoe, Daraus-
schlagen, Eunden, Harnröhrenleiden,
harte Auslässe, auch wo alles ver-
loren, wurden **Phorofanos**
zusammen durch
das neue deutsche Heilmittel, Patent,
kurzfristig gebr. Viele Danktionen
und Dankschreiben.
Gewissenhafte 3real. Zeitung
Phorofanos • Heilmittel
Ratsamer Str. 106, nahe Engelplatz
Bismarckstr. 191, nahe Hofmeister Str.
Ordnung für Herren und Damen.
Sprechzeit täglich 10-7, Sonnt. 9-12

Billige Goldmarkpreise

Die Zahlung kann in Papiermark,
berechnet zum Tageskurs, erfolgen. Bei Zahlung in Goldanleihe, Rentenmark oder Berliner Stadtgeld 5% Rabatt.

Herren-Stiefel:
Sport- u. Wanderstiefel, erstklassiges, braunes Fahlleder 7 1/2
Derselbe, m. geschlossene, Wasserlasche, besond. gutes Kernleder mit Doppelsohle 10
Echt Kindbox und Rob- chevr.-u. (Friedensr. 8-11 M.) 6 75

Kinderstiefel: 20-22 L. 90, 23-24 L. 90, 25-26 L. 90, 27-28 L. 1 1/2
Kamelhaarschuh: in großer Auswahl L., 2.50, 3.- 1 90
Affenbauschuhe, die große Mode, Ingrau schwarz u. braun 4 1/2

Halbschuhe
Echt Boxkalf, mod. Form, (Friedenspreis 7-8 M.) 6
Chromleder und Rod- chevr., mod. Form, s.-M. 3 1/2
Chromleder, mod. Form, 38-37, 3

Original-Goodyear-Welt, ehr gutes Fabrikat. Moderne br. Form. Friedenspreis 14 1/2 M. 12 1/2

Berühmte Weltmarke **Goodyear-Welt** sowie andere erstklass. Fabrikate Original-Goodyear-Welt in den neuesten Formen bei uns billig! Halbschuhe u. Stiefel, Lack braun u. schwarz

Groß-Detail Schuh-Lokal
An Wieder- verkäufer kein Verkauf.
Die neuesten Modeschöplungen mit 1, 2 oder 3 Spannen sowie Pumps u. Sandaletten in schwarz, braun, Lack, Brokat u. Sämschleder in gr. Auswahl sehr elegant, doch billig u. gutes Material!
Eleg. Pumps mit Louis XV. Absatz (Friedenspreis 7 Mark) 5 75
Mü.:st.asse 25
Untergrundbahn Alexanderplatz
Zweiggeschäft:
Frankfurter Allee 54